17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elektromobilität umfassend denken: Bundesprogramm für Elektro-Nutzfahrzeuge

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung vorrangig für ein Bundesförderprogramm für Elektromobilität einzusetzen, das die Umstellung kommunaler Fuhrparks und des Wirtschaftsverkehrs auf E-Lastenräder oder E-Nutzfahrzeuge unterstützt.

Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Begründung:

Die Bundesregierung diskutiert aktuell über die Förderung von Elektromobilität. Dabei liegt der Fokus bisher ausschließlich auf der Förderung des motorisierten Individualverkehrs. Angesichts von Milliardengewinnen der Automobilindustrie stellt sich die Frage, ob diese Subventionen zielführend für eine Markterweiterung eingesetzt sind. Aus unserer Sicht sollten die Mittel, die im aktuell diskutierten Programm der Bundesregierung für Kaufprämien von jeweils 5.000 Euro pro privat gekauftem Elektro-PKW vorgesehen sind, in vollem Umfang dafür genutzt werden, die Umstellung kommunaler Fuhrparks und des Wirtschaftsverkehrs auf E-Lastenräder oder E-Nutzfahrzeuge voranzutreiben.

Bedeutende Potentiale der Elektromobilität bestehen jedoch gerade im Bereich der Nutzfahrzeuge, sei es im Wirtschaftsverkehr oder im öffentlichen Personenverkehr. Daher sollten diese Maßnahmen bei einer Bundesförderung im Vordergrund stehen. Die Kommunen und Betreiber von Nutzfahrzeugen sollen bestärkt und unterstützt werden, einen höheren Elektroanteil im Fahrzeugmix zu haben. Zuschüsse zu den hohen Investitionskosten bei der Beschaffung

oder bei Pilotprojekten könnten eine raschere Umstellung der öffentlichen Fuhrparks sowie des Wirtschaftsverkehrs zur Folge haben, mit positiven Auswirkungen auf Umwelt und Klima.

Berlin, den 19. April 2016

Pop Kapek Gelbhaar Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen